

2012-06-06

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 16.05.2012

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:40 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlte:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens

vertreten durch Herrn Rumpf, Frank

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn OB Koschig, eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit (derzeit 9 anwesende Mitglieder) des Gremiums fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Es wurde von **Herrn Koschig** der Vorschlag unterbreitet, die Tagesordnung zu ergänzen durch die BV 160/2012 - Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe Infrastruktur mobile Versorgung für den Sachsen-Anhalt-Tag 2012 - die als Tischvorlage ausgereicht worden ist. Die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 203 T€ umfasst die Zuständigkeit des Haupt- und Personalausschusses und sollte im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung behandelt und beschlossen werden. Sollte dies nicht möglich sein, müsse er den Beschluss in Form eines Eilbeschlusses fassen.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann** zur Eilbedürftigkeit erklärte der OB, am 30. Mai sollen in einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses die Vergaben ausgesprochen werden, zu denen jedoch die Finanzierung gesichert sein müsse.

Der Vorschlag des OB zur Ergänzung der Tagesordnung wurde einstimmig (bei zwischenzeitlich 10 anwesenden Mitgliedern) angenommen. Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt.

3 Genehmigung der Niederschriften vom 28.03.2012 und 11.04.2012

Die Niederschrift zur Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses am **28.03.2012** wurde einstimmig **bestätigt**.

Zur Niederschrift der Sitzung vom **11.04.2012** machte **Herr OB Koschig** folgende Anmerkungen:

- Hinsichtlich der Anfrage zur Zindelstraße gibt es eine ausführliche Zuarbeit des Stadtarchivars und vom Vermessungsamt. Es gibt momentan keine ernsthafte Veranlassung, über den Straßennamen zu diskutieren und eine Recherche im Dokumentcenter in Berlin-Lichterfelde sei sehr aufwendig. Deshalb wird vorgeschlagen, weitere Themen im Stadtarchiv zu sammeln, so dass sich eine Recherche in diesem Center lohnt und man die Überlegung zu gegebener Zeit wieder aufnimmt.
- Der Beschluss zur Mitgliedschaft im Verein „Anhaltische Landschaft e.V.“ sei im Ausschuss geändert gefasst worden. Diese Vorschläge habe Herr Koschig in der Vorstandssitzung der Lenkungsgruppe ANHALT|800 am vergangenen Freitag vorgetragen.

Stand sei, dass alle Residenzstädte, die Evangelische Landeskirche, die Hochschule Anhalt diese Satzung ohne Änderungsvorschläge angenommen und den Beitritt beschlossen haben. Es wurde der Entwurf einer Beitragsordnung beschlossen, der dann für die Gründungssitzung vorgetragen werden und 300 EUR für juristische Personen jährlich vorsieht. 150 EUR für natürliche Personen und Ehrenmitglieder sollen beitragsfrei bleiben.

Weiterhin ist von den Vorschlägen aus unserem Gremium der Vorschlag vom Stadtrat Bönecke aufgenommen worden, der noch etwas ausführlicher vom Privatmann Stefan Giese-Rehm herangetragen wurde. Hier sollte im **§ 8, Abs. 1**, vor die Zahl der Vorstandsmitglieder das Wort „**mindestens**“ gesetzt werden. Dies ist angenommen worden. Bei den genannten Gruppen sollte noch ein **Punkt f** angefügt werden: „ein/eine Vertreter/in der anderen institutionellen Mitglieder“.

Alle anderen Vorschläge seien vom Vorstand nicht angenommen worden, sie sollen der Mitgliederversammlung bei der Satzungsdiskussion als Anträge des Mitglieds Stadt Dessau-Roßlau vorgetragen werden. Sonst müsste ein Procedere in Gang gesetzt und allen 70 Mitgliedern der Lenkungsgruppe ein komplett neuer Satzungsentwurf vorgelegt werden. Dann wäre der Termin des Sachsen-Anhalt-Tages nicht mehr zu halten gewesen. Deshalb schlägt der Vorstand vor, dass der Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau diese Vorschläge aus dem Haupt- und Personalausschuss Dessau-Roßlau in die Satzungsdiskussion mit einbringt. Das wären: Sitzung und Standort der Geschäftsstelle, die Aufnahme der Stiftung Bauhaus und natürlich auch der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz und der Stiftung Schlösser und Burgen und die beiden weiteren Anträge von Herrn Stadtrat Bönecke, die Ergänzung um die Beitragsordnung, die Einfügung eines Punktes j, die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer als Aufgabe der Mitgliederversammlung.

Herr Koschig schlägt vor, dem so zu folgen, was eine Änderung des Beschlusses der letzten Hauptausschusssitzung wäre und dem Stadtrat am 6. Juni die Mitgliedschaft in der „Anhaltischen Landschaft“ zu empfehlen. Dann könne der Stadtrat den Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau mit den weiteren Punkten beauftragen.

Auf die Anfrage von Herrn Schönemann, dass man sich am Modell von Schaumburg/Lippe orientiert habe, bestätigte **Herr Koschig** dies und führte er weiter aus, diese e. V. sei dort gegründet worden von Bürgern aus den verschiedensten Kulturbereichen, um ein Dach zu bilden, für alle, die sich mit der Identität und Tradition des ehemaligen Landes Schaumburg/Lippe beschäftigen. Sie haben in der Zwischenzeit eine solche Qualität in ihrer Arbeit bekommen, dass die Staatsregierung in Hannover über diesen Dachverband einen gewissen Teil der Kulturförderung lenkt, der die Förderung des Landes kanalisiert. Diese Verfahrensweise heiÙe er nicht gut, betonte **Herr Schönemann**.

Da es keine weiteren Wortmeldungen dazu gab, nahm Herr OB Koschig es als Zustimmung auf, so in den Stadtrat zu gehen. Das Impulspapier der Geschäftsstelle sei heute als Tischvorlage ausgereicht worden und wird als Anlage der Beschlussvorlage für den 6.6.2012 für den Stadtrat beigelegt.

Der Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 11.04.2012 wurde einstimmig zugestimmt.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung am 28.03.2012 hat der Ausschuss über die Entlassung einer Amtsleiterin befunden.

Am 11.04. wurde die Ernennung der Amtsleiterin des Rechnungsprüfungsamtes beschlossen. Des Weiteren wurden zwei befristete Niederschlagungen

- aus Forderungen der Gewerbesteuer und
- einer Grundsteuer und Straßenreinigungsgebühr,
- die Vergabe des Objektes Waldbad,
- der Verkauf des kommunalen Grundstückes Rennstraße 3,
- die Erweiterung der Belastungsvollmacht für ein kommunales Grundstück in der Mannheimer Straße/Altener Straße beschlossen.

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Eilentscheidungen wurden nicht getroffen. Herr Koschig verwies jedoch auf den folgenden nichtöffentlichen Sitzungsteil.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Bericht zur Umsetzung des Leitbildes im Jahr 2011

Vorlage: DR/IV/023/2012/VI-61

Herr Meister gab eine kurze Einführung und bot zur Beantwortung von evtl. Rückfragen den anwesenden Herrn Dr. Stahl an. Herr Dr. Neubert bedankte sich für den vorliegenden Bericht.

Der Bericht wurde durch den Ausschuss zur Kenntnis genommen.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur, verwies auf die ausgereichte Drucksache DR/BV/060/2012/V-40 - Arbeitsrichtung zum weiteren Umgang mit der Südschwimmhalle in Dessau. Es gab hier eine sehr interessante Entwicklung, noch vor zwei Jahren wurde sehr intensiv über eine mögliche Schließung im Sinne der Konsolidierung gesprochen, im April wurde im Kulturausschuss ein Antrag beraten, der die Sanierung der Südschwimmhalle zum Inhalt hatte. Dieser war auch mehrheitlich befürwortet worden.

Zwischenzeitlich gibt es durchaus belastbare Signale aus Richtung des Landes, auch einen Ersatzneubau in Erwägung zu ziehen. Dies habe den Finanzausschuss (der ein beratender Ausschuss ist) veranlasst, den bisherigen Wortlaut der Beschlussvorlage völlig abzuändern. Dem könne er jedoch als Einreicher der Vorlage nicht folgen, wofür Herr Dr. Raschpichler um Verständnis bat. Er unterbreite deshalb einen Kompromissvorschlag, den er aus formellen Gründen heute aber nicht fristgerecht auf die Tagesordnung setzen konnte.

Erläuternd führte Herr Dr. Raschpichler aus, warum er gemeinsam mit der Verwaltungsspitze und den Fachämtern diesen Schritt gewählt habe. Es wäre gut, wenn im Juni ein Förderantrag gestellt würde, der den Ersatzneubau zum Inhalt hat und dieser Fördermittelantrag klar durch wirtschaftliche Kennziffern im Vergleich zu einer Sanierung begründet werden könne. Daran wolle man arbeiten. Auch für uns werde es wichtig sein, wie ein Neubau langfristig aufgrund der evtl. günstigeren Bewirtschaftungskosten für alle Beteiligten die bessere Lösung sein kann. Man rede aber inzwischen von einer Differenz zwischen Sanierung und Neubau von fast 4 Mio. € und man sei allen Beteiligten diese Klarstellung mit einer sachlichen Begründung schuldig.

Insofern sei diese Arbeitsrichtung vertretbar und man möchte bis zum 24.05.2012 die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung in den groben Kennziffern vor der Stadtratssitzung den Stadträten übergeben. Dann ist es immer noch möglich, im Zuge der Stadratsitzung ein klares Votum in Richtung Neubau zu senden oder aber, was auch seine Empfehlung sei, eine Art Doppelstrategie vorzubehalten. Man wisse nicht wie angesichts der finanziellen Entwicklung Mittel vielleicht nicht mehr da sind. Man sollte beide Optionen gut entwickeln, um sie letztendlich umsetzen zu können.

Herr Dr. Raschpichler lenkte besonderes Augenmerk auf den ersten Absatz des formulierten Beschlussvorschlages, welcher das wichtigste Anliegen, die Entwicklung von Schul-, Vereins-, Bürger- und Freizeitschwimmens, beinhaltet. Insofern sei der Kompromiss zu dem Votum Kulturausschuss und Finanzausschuss eine gute Brücke, das Gesamtvorhaben auf den Weg zu bringen. Er bat um Kenntnisnahme des Beschlussvorschlages und erklärte, auch gern noch Anregungen anzunehmen und einzubauen.

In der Haushaltsdiskussion des letzten Jahres wurde noch in sehr kontroverser Form die weitere Existenz der Schwimmhalle diskutiert, erinnerte auch **Herr Schönemann**. Insofern sehe er die Vorgehensweise als erfreulich an und unterstützte diese Doppelstrategie.

Grundsätzlich hieß **Herr Bönecke** die Vorgehensweise ebenfalls gut. Es war die Intention aus dem Finanzausschuss, wobei der Schwerpunkt doch auf dem gewünsch-

ten Neubau liegen sollte. Er gehe davon aus, dass man zur Stadtratssitzung einen qualifizierten Beschlussvorschlag bekommt und die Ziffer 1 nach den dann vorliegenden Ergebnissen konkretisiert wird.

Ob man davon ausgehen könne, dass in der Stadtratssitzung schon insoweit Informationen gegeben werden, in welche Richtung es geht, fragte **Herr Eichelberg** nach. Darauf entgegnete **Herr Dr. Raschpichler**, er gehe davon aus, dass Grund Eckwerte einer betriebswirtschaftlichen Vergleichssituation gegeben werden können. Wie wir dann strategisch damit umgehen sollten, könne er jetzt nicht einschätzen. Man sei dann aber in der Lage, eine Beschlussempfehlung aussprechen zu können.

Zum Thema Südschwimmhalle gab es keine weiteren Wortmeldungen, die ausreichende Vorlage wurde somit zur Kenntnis genommen.

Im Tagesordnungspunkt fortfahrend, wiederholte **Herr Schönemann** mit Nachdruck seine Frage aus dem Bauausschuss, was die Situation der Einfahrt Ost, insbesondere der Friedensbrücke betrifft. Aus der Beratung leitete er eigentlich eine hohe Unzufriedenheit ab, weshalb er frage, ob es möglich ist abzu prüfen, inwieweit man vom Gesamtverfahren die Behelfsbrücke abtrennen könnte und sie vielleicht doch frühzeitiger in Szene setzt, um die Odyssee von 3 Jahren zumindest in der Vorphase zu verkürzen. Was die Realisierung betrifft, seien die Vorplanungen und Entscheidungen noch nicht gefällt. Der jetzige Zustand ist für Unternehmen ein großer Zeitfaktor mit negativen Auswirkungen. Für ihn selbst gibt es Ausfallzeiten zwischen 3 und 3 ½ Stunden des Gesamtfahrzeugbestandes am Tag, was wirtschaftlich Schäden bringt. Was die Situation für die Einzelhändler der Stadt bedeutet, würde er gern begleiten. Vielleicht könne hierzu im Dialog hin und wieder berichtet werden.

Herr Schönemann betrachte die Problematik mit der formellen Beantwortung nicht als erledigt, da auch schon die Kritik zutage kam, dass die Räte ein Stück weit verantwortlich gemacht wurden für die Situation, dass man zu spät von der Ostrandstraße abgelassen hätte. Zur Ehrenrettung aller Stadträte betonte er, dass dies nicht so stimme. Fakt sei, dass lange Zeit auf die Hoffnung gesetzt wurde Ostrandstraße mit zweiter Muldebrücke, um dem Problem, wie es jetzt besteht, aus dem Weg zu gehen. Auch der Schadensbestand der Brücke selbst ist in dieser Dramatik nie Thema gewesen. Deshalb sollte man sich bei dem Thema nicht in Schuldzuweisungen verlieren, sondern sich dem Problem selbst stellen und allen Betroffenen Erleichterung zuteil werden lassen.

Grundsätzlich stimmte **Herr OB Koschig** zu, dass es sich um einen sehr misslichen Umstand handelt, der nicht einfach von heute auf morgen zu beheben ist. Gerade wurde die öffentliche Bekanntmachung des Planfeststellungsbeschlusses unterzeichnet, wobei Fristen einzuhalten sind. Wenn über Beschleunigung gesprochen werde, seien hier sicherlich auch Grenzen gesetzt. An verschiedenen Möglichkeiten der Verbesserung, auch im Dialog mit Akteuren, werde weiter gearbeitet.

Der Umstand, dass die Brücke marode ist, ist zumindest dem Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau seit seinem Amtsantritt bekannt und Herr Koschig gehe davon aus, dass er den Stadträten der alten Stadt Dessau auch bekannt war. Halbjährliche Brückenprüfungen zeugen von dem sehr desolaten Zustand der Brücke. Man habe es immer wieder vor sich her geschoben, in der Hoffnung, die zweite Muldebrücke zügiger zu bekommen. Insofern sei es jetzt müßig, hier Schuldfragen zu diskutieren,

sondern er bitte darum, dass man gemeinsam dazu stehe und gemeinsam versuche, das Beste daraus zu machen.

Die Frage der wirtschaftlichen Situation der Betroffenen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Stadt ist die eine Frage, betonte **Herr Ehm**. Er habe schon vor längerer Zeit darauf hingewiesen, dass es eine unbefriedigende Situation des Rettungsdienstes für die östlichen Stadtteile gibt. Er bitte die Verwaltung, spätestens zur nächsten Stadtratssitzung einen Plan vorzulegen, wie die Stadt gedenkt, ihre Verantwortung wahrzunehmen und die Rettungsdienstzeiten für die östlichen Stadtteile einzuhalten. Das Thema Autobahn spiele dabei sicherlich auch eine Rolle, ist aber nicht die primäre Frage.

Ergänzend stellte **Herr Ehm** die Frage, wenn denn bekannt war, dass die Brücke so marode ist - eigentlich war die zweite Muldebrücke und die Ostumgehung stets in der Hinsicht geplant, diese zuerst zu bauen, um nicht in die jetzt eingetretene Situation zu kommen - wovon hätte man die Sanierung der Muldebrücke jetzt bezahlt, wenn das Geld für die Nordumgehung und die zweite Muldebrücke nicht da wäre. Nach seinem Kenntnisstand gebe es dafür keinen Antrag o. Ä.

Dass es eine sehr unbefriedigende Situation ist, bestätigte **Herr Meister**. Auch er stelle fest, dass die einmal errechneten durchschnittlichen 12 Minuten Wartezeit nicht ausreichen. Die Dramatik der Brücke habe das Baudezernat aber ebenfalls etwas überrascht. Es war bekannt, dass die Brücke eine Qualitätsstufe hat, wo mittel- bzw. kurzfristig ein Handeln erforderlich war. Wann es aber tatsächlich ist, war ihnen allen nicht so bewusst und konnte zu dem Zeitpunkt so nicht eingeschätzt werden.

Darüber hinaus erklärte Herr Meister, man sei dabei, alle erdenklichen Möglichkeiten zu eruieren. Am 22.05. wird gemeinsam mit der IHK beraten, wo möglicherweise Vorschläge kommen, wie wir der Situation verbessernd beitreten können. Wie aber auch aus der Presse zu entnehmen war, wurde im Vorfeld bereits einiges getan, mit Schaltfristen des Ampelbetriebes und diversen anderen Dingen, um ein mögliches Optimum zu erreichen. Ob es darüber hinaus gelingt, weitere Verbesserungen zu erreichen, dazu könne aber abschließend noch nichts gesagt werden. Richtig ist, dass ein Konzept herauskommen muss, wie man mit den Rettungszeiten umgeht.

Allerdings war in der letzten Zeit die Steinstraße, welche zusätzlich stadteinwärts bearbeitet wurde, ein wesentliches Problem. Zuvor war beim bereits eingeschränkten Verkehr auf der Brücke ein gewisser flüssiger Verkehr gegeben und die Auswirkungen waren nicht ganz so schlimm. Der Bauabschnitt an der Steinstraße werde in Kürze beendet sein, so dass man dann sehen kann, was verbessernd eintritt.

Herr Schönemann fragte nach, ob es denkbar wäre, dass bei solchen einschneidenden Reparaturen, wie sie jetzt getätigt und auch notwendig waren, die Nachtstunden und das Wochenende genutzt werden. Damit würden solche Verkehrssituationen, die jetzt verschärft auftreten, vielleicht vermindert. **Herr Meister** nahm diese Nachfrage als Hinweis auf.

Im Bauausschuss sei diese schwierige Verkehrssituation durch Herrn Schönemann auch schon angesprochen worden, merkte **Herr Dreibrodt** an. Unschön fand er, dass die Auseinandersetzung zur Schuldfrage zwischen der Alt-Verwaltung Dessau und den Alt-Stadträten von Dessau mehr Kraft brauchte, als dafür, eine Lösung für

die Zukunft zu finden. Er appellierte, dass man die Schuldfrage jetzt ruhen lässt und in der Problematik nach vorn sieht. Was im Bauausschuss abgelaufen sei, empfand er als unwürdig.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

7 **Beschlussfassungen**

7.1 **Masterplan Bauhausstadt Dessau** **Vorlage: DR/BV/144/2012/I-STR**

Eingangs bat **Herr Dreibrod**t um eine rechtliche Klärung. Für die Einreicher der Vorlage haben entweder die Fraktionsvorsitzenden oder deren Stellvertreter unterzeichnet. Herr Dreibrod stellte fest, dass für die SPD-Fraktion Herr Hartmann unterschrieben hat, der aber dafür keine Legitimation hat und die Fraktion diese Vorlage in der vorliegenden Form überhaupt noch nicht zur Kenntnis erhalten und darüber diskutiert hat. Aus diesem Grund bitte er, dass die Fraktion der SPD heute als Einreicher gestrichen wird.

Herr Eichelberg betonte, er habe als Fraktionsvorsitzender der SPD Herrn Hartmann zu der Unterschrift ermächtigt. Die Aussagen von Herrn Dreibrod entsprechen auch nicht der tatsächlichen Sachlage, weshalb die Vorlage seitens der SPD natürlich nicht zurückgezogen werde. Herr Eichelberg zeichnete die Vorlage als Fraktionsvorsitzender zusätzlich ab.

Fraktionsinterne Beschlüsse haben für die Frage der Unterschrift unter diese Beschlussvorlage keine Auswirkungen, merkte **Herr Bönecke** an.

Es sei Sache des Fraktionsvorstandes, ob die Fraktion Miteinreicher der Vorlage sei, merkte **Herr Schönemann** an. Zur Versachlichung der schon hochschlagenden Emotionen bitte er Herrn Dr. Neubert um die Einführung in die Beschlussvorlage.

Herr Dr. Neubert erläuterte das Entstehen der Vorlage, ursprünglich aus einem Treffen im Bauhaus zwischen Vertretern des Stadtrates, der Verwaltung der Stadt und des Bauhauses. Herr Prof. Oswald sei als Vertreter des Bauhauses heute auch anwesend. In dieser Beratung ist eine sehr lebhaft und durchaus einvernehmliche Diskussion darüber geführt worden, welche Ziele diese Stadt verfolgen sollte, um dem Anspruch an die Modernität der Entwicklung unter dem Aspekt des verpflichtenden Erbes des Bauhauses gerecht zu werden.

Es war vergleichsweise leicht möglich, unter den Anwesenden eine einvernehmliche Richtung der Arbeitsweise der Stadt zu fixieren, einvernehmlich zwischen den Vertretern der Stadt, sei es die Verwaltung oder die Stadträte oder die Vertreter des Bauhauses und es war die Auffassung, dass es wünschenswert wäre, dieses Einvernehmen in einer Beschlusslage der Stadt zu fixieren, die durch den Stadtrat angesichts der Bedeutung zu treffen wäre. Aufgrund dessen erging der Auftrag an ihn, Dr. Neubert, im Kontext und im Kontakt und unter Mitwirkung aller Fraktionen des Stadtrates, in Abstimmung mit dem Bauhaus und der Verwaltung einen Entwurf als 1. Variante zu erarbeiten. Dieser Entwurf ist allen Beteiligten, also allen Fraktionen und auch den Einzelstadträten, die in keiner Fraktion sind, dem Stadtratsvorsitzenden, dem Oberbürgermeister, den Beigeordneten der Stadt und dem Bauhaus per Mail

zugesandt worden. Es wurde dabei die Bitte geäußert, Rückmeldungen bis zum 17. April zu geben, welche Änderungen, Ergänzungen oder Korrekturen aus ihrer Sicht wünschenswert sind.

Diese Korrekturen sind am 19. April in einer wiederum im Bauhaus stattgefundenen Beratung besprochen worden. Daraus ist der jetzt vorliegende Entwurf entstanden, den man nunmehr der Öffentlichkeit präsentiert, da er im Haupt- und Personalausschuss als Vorstufe einer Beschlussfassung im Stadtrat behandelt werden muss. Herr Dr. Neubert sprach die Hoffnung aus, dass hier eine Fassung entsteht, die im Stadtrat in einem großen Konsens als Ganzes getragen werden kann.

Die Grundintention aller Beteiligten bestand darin, ein Konsenspapier für die Zukunftsentwicklung der Stadt zu erzeugen, das nicht im Streit oder Wettbewerb der Parteien zerredet wird, das nicht Einzelinteressen vertritt, dem jeder sich verpflichten kann, weil es um die Gesamtentwicklung unserer Stadt geht. Es sollte ein Papier sein, dem folglich mit großer Mehrheit letztendlich im Stadtrat zugestimmt wird, so dass eine Signalfunktion nach innen im Sinne des geschlossenen Vorgehens aller entsteht, um als Stadt, auch in Kooperation mit dem Bauhaus, da es um die Entwicklung zur Bauhausstadt geht, das Ganze in wirkungsvoller Weise nach außen gegenüber dem Bund und Land vertreten zu können.

Allen ist klar, dass viele der im Einzelnen benannten Ziele nur umgesetzt werden können, wenn es durch Förderung aus dieser Richtung möglich wird. Dabei ist allen sehr wohl bewusst, dass wir hier in dem Verein im Grunde ein Dessau-Roßlauer Detail- oder Eigenproblem bearbeiten, sondern dass angesichts der nationalen oder internationalen Bedeutung des Erbes, das wir hier verwalten - man rede hier über UNESCO und die Verpflichtung, die sich für die Zukunft daraus ergibt, es ebenso mindestens im Landes- wie im Bundesinteresse liegen muss, dass Deutschland seiner nationalen und internationalen Reputation an dieser Stelle gerecht wird. Wir, die wir hier in Dessau handeln, und natürlich Lokalakteure sind, sollten aufpassen, dass wir dieser Dimension der Aufgabe gerecht werden und mit dem, was wir hier diskutieren, nicht in Provinzialismus verfallen und uns der Lächerlichkeit preisgeben.

Dies sei ein Appell zu Beginn, merkte Herr Dr. Neubert an. Es geht um grundsätzliche Richtungsentscheidungen für die Stadt, die sich möglicherweise auch, das ist ja das Thema, was zurzeit allein diskutiert wird, mit der Änderung des Stadtnamens verbinden, was aber mit diesem Beschluss zunächst lediglich als Prüfauftrag formuliert wird.

Die Beschlussfassung sei dreigeteilt: Es gibt eine Präambel, die einführt, um insgesamt sich der Bezüge und Dimensionen bewusst zu sein, um die es hier geht. Zweitens geht es um daraus gemeinsam zwischen Stiftung Bauhaus und Stadt zu verfolgende Ziele. Die Ziele sind das Kernstück dieses Beschlusses. Und es geht erst in einem dritten Schritt um Maßnahmen, die aus Sicht der Beteiligten getroffen werden müssen, um die Zielerreichung sicherzustellen, einerseits das Oberziel zu erreichen, nämlich als Bauhausstadt sich tatsächlich dauerhaft zu präsentieren, und andererseits die Teilziele tatsächlich umzusetzen. Hier dürfen Ziele, die wir auf der einen Seite zu verfolgen haben, und Maßnahmen, die der Zielverwirklichung dienen sollen, nicht miteinander verwechselt werden.

Eine der Maßnahmen ist die angeregte Beratung und Beschlussfassung im Stadtrat zur Umbenennung der Stadt in Bauhausstadt Dessau in Übereinstimmung mit der

Forderung, die z. B. Industrieverbände deutlich vertreten haben. Dabei handelt es sich um einen Prozess, der hier angeregt wird, der natürlich im Ergebnis noch offen ist. Man kann zum jetzigen Zeitpunkt lediglich sagen, der Stadtrat möge beraten und möge beschließen, was er tatsächlich beschließt und ob er beschließt, was er für notwendig erachtet, wird sich nicht heute, sondern dann entscheiden. Es kann sich erst dann entscheiden, weil es den demokratischen Gepflogenheiten entspricht, nicht über die davon betroffene Bevölkerung hinweg so etwas zu machen, sondern es muss eine auf dieses Vorhaben bezogene Informationsoffensive, natürlich ein Beteiligungsverfahren der Bürger geben.

Nachdem, was Herr Dr. Neubert an Rückmeldungen erfahren habe, ist die Situation im Augenblick so, dass wir eine völlig einseitige, die Substanz dieses Beschlusses überhaupt nicht reflektierende öffentliche Diskussion haben. Es ist eine Diskussion, die sich lediglich an der dort vorgeschlagenen Namensumbenennung der Stadt Dessau-Roßlau festmacht, eine Umbenennung, die lediglich als Vorschlag formuliert und überhaupt noch nicht Beschlussgegenstand ist. Die eigentliche Substanz werde außer Acht gelassen.

Im Grunde habe man gegenwärtig ein Schlachtfeld zwischen Gegnern und Befürwortern, die beide etwas kurzschlüssig nur diese möglicherweise erfolgende Namensänderung im Auge haben. Das sei nicht erfreulich, da die eigentliche Substanz dieses Beschlusses dadurch im Hintergrund steht. Hierin sind sich die Verfasser völlig einig, zu denen rechne Dr. Neubert auch das Bauhaus. Deshalb könne er nur appellieren, die tatsächliche Substanz des Beschlusses in den Mittelpunkt zu stellen, auch öffentlich zu machen - dies zu tun ist eine der Maßnahmen, die ausdrücklich fixiert ist - und nicht den Eindruck zu erwecken, wir würden jetzt sofort und ohne Einbeziehung der Betroffenen eine Namensänderung vornehmen. De facto ist das, was hier formuliert wurde, ein Programm zur Ertüchtigung der Stadt.

Um die Maßnahmen zur Erreichung des Oberzieles Bauhausstadt zu verwirklichen - dazu wolle sich Dr. Neubert gern positionieren - könne auch die Umbenennung der Stadt eine ganz erhebliche Funktion im Sinne einer Entwicklung haben, die hier in inhaltlicher Hinsicht angestoßen wird. Es sind Intentionen, die sich bei den Verfassern damit verbinden und darauf hinauslaufen, in großer Gemeinsamkeit im Konsens und demgemäß auch Wirkung nach innen, was die Mobilisierung und den Zusammenschluss der Kräfte anlangt, nach außen, was das einheitliche Vertreten der Stadt und der Stiftung gegenüber Bund und Land betrifft, um unsere Chancen, die wir haben, dank dessen, was uns als Erbe überliefert wird, auch für die Zukunft zu sichern, in der Dessau wieder eine Stadt der Moderne ist, was sie fraglos einmal war, wo man sich fragen muss, ob sie es jetzt überhaupt ist. Das ist die Absicht, schloss Herr Dr. Neubert seine Ausführungen.

Herr OB Koschig dankte Herrn Dr. Neubert für die Darlegungen, in denen er auch nochmals den Prozess des Entstehens erläuterte.

Herr Bönecke schloss sich Herrn Dr. Neubert zunächst insoweit an, dass er es bedaure, dass dieses Papier jetzt tatsächlich auf die Änderung des Stadtnamens in der öffentlichen Diskussion reduziert wird. Eines der wesentlichen Argumente, die immer wieder gebracht werden, sei ja „Das hätten die Dessauer ja viel früher machen können.“ Hierzu erinnerte Herr Bönecke daran, es gab bereits 2006 genau diesen Vorstoß, dieses Erbe zu heben und nach außen auch im Namen zu transportieren. Dies

wurde vom damaligen 1. Bürgermeister dieser Stadt ausgebremst mit dem Argument, man wolle erst einmal die Substanz dahinter aufbauen. Es gab dann auch die Selbstverpflichtung, das in Angriff zu nehmen. Passiert ist über die Jahre erst einmal nichts, die Verwaltung hat die damalige Intention nicht aufgegriffen. Nunmehr gab es diesen Arbeitskreis aus Stadträten, ehrenamtlichen Beteiligten seitens des Bauhauses, die sich daran machten, um diesen Namen herum das Konzept, den Fahrplan aufzubauen. Das ist das, wo gesagt wurde, wir stellen die Namensgebung zurück. Es ist nun über diese Arbeitsgruppe passiert und erreicht in seinen Augen und auch nach Meinung der Fraktion eine Qualität und Zielrichtung, die maßgeblich dazu angetan sein kann, die Wahrnehmung der Stadt, die leider viel zu oft in der Vergangenheit mit Negativschlagzeilen behaftet war, positiv zu prägen und vor allen Dingen auch regional/überregional, wenn nicht sogar weltweit bekannt zu machen. Die sonstigen Kulturgüter, mit denen wir sehr reich gesegnet sind, sind mit viel Glück in Deutschland bekannt, über die Grenzen Deutschlands hinaus wird es weniger, in Europa und weltweit wird jemand z. B. mit dem Dessau-Wörlitzer-Gartenreich weniger anfangen können. Aber das Bauhaus, die Kultur des Bauhauses ist weltweit gestreut, sie wird nach wie vor gelebt in der Architektur wie im Einrichtungsbereich. Deshalb können alle mit dem Namen Bauhaus und dem Standort hier in dieser Stadt etwas anfangen. Das ist unser entscheidender Vorteil, den wir nicht mit der Diskussion des Namens kaputt reden, sondern uns dem Papier inhaltlich widmen sollten. Seitens der Fraktion Pro Dessau-Roßlau gebe es volle Unterstützung.

An seine Vorredner gewandt, entgegnete **Herr Dreibrodt**, bezüglich der öffentlichen Reduzierung der Vorlage auf die Namensänderung, die hier bedauert würde, könne er Abhilfe schaffen. Er werde eine sachliche Ausführung machen und einen Änderungsantrag stellen. Herr Dr. Neubert sei hier als Spiritus Rector in der Sache Bauhaus aufgetreten, wie schon seit Jahren, und habe die Probleme, die im Zusammenhang stehen mit Fusion, Zusagen, Doppelstadtgründung etc. schön umschiffte und alles weichgespült. Seinen Sachbeitrag bat Herr Dreibrodt dem Protokoll der heutigen Sitzung anzuhängen. (siehe Anlage 2)

Im Anschluss stellte Herr Dreibrodt den **Änderungsantrag**, den **Punkt 7** unter dem Abschnitt C der Erklärung **ersatzlos zu streichen**.

Herr Stadtrat Tonndorf legte in seinem Beitrag dar, er habe eine Liste vorliegen „Mitgliederbündnis sagt Ja zur Elbestadt Dessau-Roßlau“ vom 8. 3. 2005. In dieser sind zu finden: Hans-Georg Otto, Oberbürgermeister Dessau, Rolf Rätzer, damals Geschäftsführer, Ralf Schönemann, Unternehmer und Stadtrat, Hubert Ernst, Direktor Sparkasse, Lothar Ehm, Stadtrat.

Auf die Geschäftsordnung verweisend, wurde angemerkt, dass Herr Tonndorf nicht Mitglied des Haupt- und Personalausschusses sei und somit wohl kein Rederecht habe. Hierzu stellte **Herr OB Koschig** richtig, dass lt. GemO § 46 (2) Fraktionen, auf die bei der Sitzverteilung kein Sitz entfallen ist, ein Mitglied mit beratender Stimme entsenden kann. Somit hat **Herr Tonndorf** als **Mitglied der Fraktion NEUES FORUM Rederecht**.

Es erfolgte eine Abstimmung zu dem Antrag auf **Rederecht für Herrn Prof. Oswald**. Dem Antrag wurde einstimmig entsprochen.

Seinen Beitrag fortsetzend, führte **Herr Tonndorf** weiter aus, insgesamt stünden auf der genannten Liste 64 Personen. Am 9. Mai habe Herr Rätzer in einem Beitrag in der MZ geäußert, dass der Stadtname Dessau-Roßlau ein Fehler gewesen sei. Im Umkehrschluss heiße dies für Herrn Tonndorf, dass die Fusion ein Fehler war, denn ohne den Doppelnamen wäre die Fusion damals im Bürgerentscheid in Roßlau überhaupt nicht zustande gekommen. Wenn es damals ein Fehler war, müsse man sagen, Fehler sollte man rückgängig machen, d. h. wenn der Name geändert wird, sollte man die Frage stellen: Ist auch die Fusion rückgängig zu machen?

Der Artikel von Herrn Schönemann im Amtsblatt „Hurra, wir werden Bauhausstadt“ sei für Herrn Tonndorf der Gipfel der Geschmacklosigkeit und eine Verhöhnung der Roßlauer Bevölkerung. Seines Erachtens hatte Herr Schönemann schon 2005, als er Mitinitiator war, schon die Absicht, die Roßlauer zur Sicherung der Kreisfreiheit einzukaufen und irgendwann den lästigen Beinamen hinter dem Bindestrich abzustreifen. Die gleiche Absicht unterstelle er dem damaligen Oberbürgermeister der Stadt Dessau. Der Name Bauhausstadt Dessau ist nur eindeutig für ihn das fadenscheinige Mäntelchen, das dieser Aktion umgehängt werden soll. Außer geschwollenen Reden habe Herr Tonndorf von Herrn Schönemann nichts zur Stärkung des Bauhausgedankens zur Kenntnis nehmen können.

Im Jahr 2006 habe sich die Fraktion Pro Dessau umbenannt in Fraktion Pro Dessau-Roßlau. Herr Tonndorf frage Herrn Bönecke, ob er heute noch für (pro) Dessau-Roßlau sei.

Herr Tonndorf stellte fest, die Gründung einer neuen Stadt, einer Doppelstadt mit Namen Dessau-Roßlau war für die Roßlauer der entscheidende Grund für die Zustimmung im Bürgerentscheid am 20. März 2005. Der Stadtname Dessau-Roßlau war Prämisse dieser Fusion und ist nicht verhandelbar. Wer jetzt diesen Grundpfeiler der Fusion von 2007 einreißen will, reißt letztlich die Fusion ein. Abschließend erklärte Herr Tonndorf, was hier vorgenommen wird, ist beabsichtigter Wahlbetrug.

Das von Herrn Dr. Neubert Gesagte, wurde von **Herrn Eichelberg** ausdrücklich unterstützt, auch die Bemerkung hinsichtlich des Provinzialismus. Es arte s. E. in eine Provinzposse aus, wir machen uns lächerlich gegenüber dem Bürger, gegenüber unserem Land. Viele hier im Hauptausschuss haben das Ansinnen nicht begriffen. Er unterstütze ausdrücklich diese Beschlussvorlage.

Zur Versachlichung der Diskussion wolle **Herr Schönemann** seine Ausführungen abkürzen und Herrn Prof. Oswald den Vortritt lassen, da er weder bereit sei, den Unterstellungen zu folgen, noch sich in irgendeiner Art zu rechtfertigen. Er wolle heute die Vorlage in der Sache diskutieren. Was in den letzten Tagen auf Nebenschauplätzen geschah und die Wortwahl und Art und Weise, wie mit dem Thema umgegangen wird, befremde ihn. Zum Thema Fusion könne er nur bestätigen, dass er sich in der Sache sehr wohl engagiert habe und auch dazu heute eine Antwort hätte.

Zur Präzisierung der aus seiner Sicht notwendigen Schritte, sollte Herr Prof. Oswald Ausführungen machen. **Herr Schönemann** sei der Meinung, es gibt einige Defizite gegenüber der Interministeriellen Arbeitsgruppe des Landes, wo es zur Stunde, was Zuarbeit und Kompetenzzuordnung betrifft, Lehrlauf gibt. Dies müsse schleunigst geregelt werden, was u. a. auch in der Vorlage aufgeführt wird, um Schritt zu halten mit der Entwicklung, die das Land in Richtung 100 Jahre Bauhaus mit uns vorhat. Wenn wir nicht mithalten, müssen wir uns nicht wundern, wenn wir an bestimmten

Stellen entmündigt werden. In dem Sinne halte er es für äußerst wichtig, dass es endlich zu einer einvernehmlichen Zusammenarbeit zwischen Stiftung Bauhaus, der Stadt Dessau-Roßlau und dem Rat kommt. Das vorliegende Papier soll Inhalt eines Kooperationsvertrages sein und sollte am Ende auch mit Leben erfüllt werden.

Herr OB Koschig mahnte in Erinnerung an die Diskussion im Bauausschuss, sich mit Schuldzuweisungen und Diskussionen in der Öffentlichkeit zurückzuhalten und solches wie in einer anständigen Familie hinter verschlossenen Türen zu tun. Er hätte sich in der geführten Diskussion mehr Gelassenheit gewünscht. Man müsse sich an demokratisch gefasste Beschlüsse halten.

Gelassenheit sei ein gutes Wort auch im Zusammenhang mit dem vorliegenden Beschlussantrag, merkte **Herr Dr. Weber** an. Die zurzeit auch per Email eingehenden Meinungsäußerungen seien legitim, seien aber auch mit 99-%iger Mehrheit eine Unterstützung der Inhalte dieses Antrages. Die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen stehe mehrheitlich hinter dem Antrag, weil einige eben auch Probleme mit dem einen kleinen Passus haben. Hinter dem restlichen Inhalt stehe die Fraktion geschlossen.

Trotzdem sollte man die Befindlichkeiten der Roßlauer nicht auf die leichte Schulter nehmen, man müsse sie ernst nehmen. Nichtsdestotrotz beschließen wir heute nicht, dass wir den Namen jetzt ändern, sondern es ist eine Arbeitsrichtung, wie Herr Dr. Neubert auch bereits gesagt habe. Deshalb stelle er den **Antrag** - Herr Dreibrodt hatte beantragt, den **Punkt 7** zu streichen - dieser Passus sollte **getrennt abgestimmt** werden, nachdem der Restantrag abgestimmt worden ist.

Herrn Prof. Oswald wurde das Wort erteilt. Er bedankte sich für das Rederecht und führte aus, er würde es ebenfalls als gut für das Gesamtergebnis bezeichnen, wenn man mit Gelassenheit und weniger Verletzung die Sachen diskutiert.

Wie sich der Beschlussantrag entwickelt habe, wurde bereits von Herrn Dr. Neubert dargestellt. In den drei Jahren, in denen er in dieser Stadt sei, habe er die Zusammenarbeit mit der Stadt und mit dem Stadtrat schätzen gelernt. Es wurde auch schon viel erreicht, auch wenn die Wahrnehmungen zum Teil im Moment andere sind. Die Stadt habe in den letzten drei Jahren in einigen Fragen respektive Entwicklung des Bauhauses für die Stadt und für das Land, aber auch für Deutschland oder international eine Rolle gespielt und es wurde viel auf den Weg gebracht.

Es gibt jetzt diese Arbeitsgruppe auf Landesebene mit einigen Ministerien, an der die Stadt und die Stiftung beteiligt sind, die seit über einem halben Jahr tagt. Es werden sehr unterschiedliche Themen, touristische Fragen, Ausstellungs- und Bildungsfragen diskutiert. Es ist ein sehr wichtiges Signal des Landes, dem auch ein Kabinettsbeschluss zugrunde liegt, dieses Thema aufzugreifen, hier etwas in Entwicklung zu bringen. Es ist etwas, worüber sich die Stadt auch freuen kann, weil es eine Perspektive aufzeigt, auch wenn wir noch lange nicht am Ziel sind.

Die Zusammenkunft im Bauhaus hatte durchaus zum Hintergrund, dass im letzten $\frac{3}{4}$ Jahr die Vorreiterrolle der Stadt und des Stadtrates verloren gegangen und es wichtig ist, zu einem Arbeitsplan zu kommen, wo wir gemeinsam etwas mehr Entwicklung für die nächsten Jahre bekommen. Es sollen die Möglichkeiten, die sich auch im Gespräch mit dem Bund und dem Land ergeben, möglichst optimal genutzt werden. Dies ist ein ganz wichtiger Kern, der im Teil 2 dieses Antrages steht, die Frage von Struktur und Arbeitszielen, die Herr Prof. Oswald für sehr wesentlich halte.

Prof. Oswald merkte an, dass die Frage des Stadtnamens zunächst nicht vom Bauhaus eingebracht wurde, sondern es eine Schlussfolgerung der anwesenden Stadträte ist. Es ist auch nicht Aufgabe der Stiftung, darüber zu befinden. Er halte durchaus die Idee für nachvollziehbar und sinnvoll, ohne sich über konkrete Ausformungen äußern zu wollen. Klar ist, dass das Thema im Raum ist und man darüber diskutieren muss. Es wolle s. E. auch niemand blitzschnell zu einem Ergebnis kommen, sondern man muss sich Zeit nehmen und dann sehen, wo man am Ende der Diskussion steht.

Wichtig sei jedoch, in der Stadt ein Gespräch zu führen, welche Inhalte verbindet man mit dem Bauhausstandort, wozu es schon eine gewisse programmatische Fixierung gibt, was aber noch nicht erschöpfend sei. Völlig klar ist auch, dass die Stadt Dessau-Roßlau nicht allein am Bauhaus genesen wird, aber es hat noch keine strategische Funktion erfüllt. Insofern plädiere er dafür, sich Zeit zu nehmen, es ausgiebig in der städtischen Öffentlichkeit zu diskutieren. Deshalb empfinde er den Änderungsantrag der CDU-Fraktion als eine Klarstellung der Intention und er könne sich vorstellen, dass dieser etwas die Spannung und Schärfe aus der Situation nimmt und die Bereitschaft signalisiert, etwas ergebnisoffen zu diskutieren, aber auch anzuerkennen, dass es einen Gesprächsbedarf gibt.

Frau Christa Müller, CDU-Fraktion und Ortsbürgermeisterin von Roßlau, bedankte sich für die Ausführungen von Herrn Prof. Oswald. Es gehe einzig und allein um die Sache, sei aber bedauerlich, dass vom ersten Tag an den Roßlauern die Diskussion über die Umbenennung der Stadt übergestülpt worden ist. Es sei tagelang durch die Zeitungen gegangen und es ging um nichts Anderes als um die Umbenennung in Bauhausstadt. Dass dabei auch Reaktionen aus Roßlau kamen, sei ganz natürlich. Der Ortschaftsrat Roßlau selbst hat sich noch nicht dazu gemeldet, aber unser Statement ist heute an die Presse gegangen und wird sicher in der nächsten Ausgabe auch veröffentlicht. Man wolle keine Schlammschlacht, es wäre aber sinnvoll gewesen, im Vorfeld miteinander darüber zu reden, nicht dass man es aus der Zeitung erfahren muss. Sie verwahre sich dagegen, als provinziell bezeichnet zu werden. Man wisse auch, welche Bedeutung das Bauhaus hat.

Es wurde heute von Zeitverzug gesprochen, worüber Frau Müller erstaunt sei. Wenn sie dann höre, dass man bereits 2006 den Gedanken hatte, in dieser Richtung weiter zu arbeiten, heute noch von Zeitverzug gesprochen wird und man 6 Jahre gebraucht hat, um endlich da weiterzumachen, wo einmal begonnen wurde, finde sie es mehr als bedauerlich, aber dazwischen lag ja die Fusion. Sie wisse nicht, wo Dessau heute stehen würde, wenn es keine Fusion gegeben hätte, wo etwa 12.000 Einwohner in die Stadt eingegliedert worden sind. Das Statement werde aber demnächst kommen, Frau Müller finde es aber bedauerlich, dass damit solche Vorlage, die recht positiv ist und auch die weitere Entwicklung aufzeigt, zerredet oder hintenan gestellt wird.

Abschließend verlas Frau Müller ein Statement vom Stammtisch der Vereine in Roßlau, das an den Ortschaftsrat gerichtet war und diesen aufforderte, den Haupt- und Personalausschuss am 16.05.2012 aufzufordern, den Punkt zur Umbenennung der Stadt Dessau-Roßlau in Bauhausstadt Dessau aus der Vorlage zu streichen. Wenn der Ausschuss dazu nicht bereit sei, würde man aus der Meinung von Herrn Rolf Rätzer folgern, dass auch die Fusion von 2007 eine falsche Entscheidung war, die es dann gilt zu korrigieren. Der Ortschaftsrat würde dann beauftragt, die Rückabwicklung zu beantragen.

Es habe bereits eine Anfrage an Herrn Klang gegeben, ob dies möglich ist, erklärte **Herr OB Koschig**. Dies sei durchaus möglich. Zum Beispiel sei die Stadt Lahn wieder aufgelöst worden, weil die Fusion der Städte Gießen und Wetzlar nicht funktioniert hat.

Herr Rumpf erklärte zunächst, dass die Fraktion vollinhaltlich bis auf den Punkt C 7 hinter der Vorlage steht und auch weiterhin als Einreicher der Vorlage bestehen bleibt. In der Folge erläuterte er den **Änderungsantrag** der **CDU-Fraktion**, welcher den Mitgliedern des Haupt- und Personalausschusses zuvor schriftlich zugereicht worden war. Bei Annahme dieses Antrages würde sicher eine große Einigkeit im Stadtrat erreicht und man hätte nicht mehr diese Diskussion zum Stadtnamen. Folge man dem Änderungsantrag nicht, würde die Fraktion ihre Unterschrift als Miteinreicher zurückziehen.

Herr Dr. Neubert stellte die Nachfrage, ob mit dem Änderungsantrag nicht die Beratung und Beschlussfassung im Stadtrat zur Namensänderung generell in Frage gestellt würde, sondern lediglich die Vorwegnahme des Ergebnisses, wobei der Name Bauhausstadt Dessau weiterhin eine Option bleibt. Dies wurde durch **Herrn Rumpf** bestätigt, man bestehe aber darauf, dass es dazu dann vorher auch Bürgerversammlungen gibt.

Die Entscheidung zurückzustellen, könne **Herr Bönecke** nicht mehr mittragen, erklärte dieser. Bereits 2006 wurde vom damaligen Hauptverwaltungsbeamten dies gefordert, jetzt haben sich ehrenvolle Bürger dieser Stadt auf den Weg gemacht, „diese Flasche zu füllen, bevor das Etikett aufgeklebt wird“ und in dieser Flasche ist eine im hohen Maße qualifizierte Grundlage enthalten, die eine Entscheidung ermöglicht.

Wie er bereits gesagt habe, sei das, was von unserer Stadt Dessau-Roßlau in der Welt wahrgenommen wird - von seiner geografischen Lage her - das Bauhaus. Wenn wir uns als geografischer Ort in der Welt einen gesteigerten Bekanntheitsgrad schaffen wollen, wäre es eine Option, genau diese Standortmarke stärker auszubauen. Sie müsse dann aber auch gesichert und in den Stadtnamen aufgenommen werden. Es ist nicht die Aufgabe des Stadtrates, die Bürger zur Diskussion aufzufordern, welchen Stadtnamen man tragen könnte, sondern er hat die Pflicht, einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten. Die Gemeindeordnung sieht dann das klare Verfahren zwingend dafür vor - die Bürgerbeteiligung. Bevor dem Bürger eine Entscheidungsgrundlage gegeben werden kann, müssen wir uns im Klaren sein, in welche Richtung es geht. Genau dazu diene der Punkt C 7.

Auf den Einwand bezüglich einer Abstimmung merkte **Herr Bönecke** an, die Gemeindeordnung sehe eine solche nicht zwingend vor. Es gibt mehrere Möglichkeiten: eine Bürgerversammlung, eine Bürgeranhörung und eine Entscheidung. Unter welcher Maßgabe die Entscheidung möglich ist, werde ebenfalls durch die Gemeindeordnung vorgeschrieben.

Die Auffassung von **Herrn Bönecke** ist, dass der Stadtrat als das von allen Einwohnern dieser Stadt demokratisch legitimierte Gremium die Aufgabe hat, die Entscheidung hierfür zu treffen - einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten. Er habe von Beginn an dafür plädiert, eine Bürgeranhörung durchzuführen, die ein Votum gibt, aber die Endverantwortung liege dann im Rat. Das sei seine Vorstellung zu dem Prozess,

man muss aber, um diesen Weg gehen zu können, dem Bürger etwas anbieten, das ist der konkrete Name. Der Punkt C 7 sei völlig ergebnisoffen. Der Punkt war auch so der CDU-Fraktion von Beginn an bekannt, weshalb er den Antrag jetzt nicht verstehen könne. Er werde die ursprüngliche Vorlage, so wie sie für heute ausgereicht wurde, mittragen.

Erläuternd fügte **Herr OB Koschig** an, es sei vorgeschrieben, eine Bürgeranhörung durchzuführen. Da zu dem Stadtnamen zumindest in einem Stadtteil ein Bürgerentscheid durchgeführt wurde, ist es aus seiner Sicht logisch und konsequent, auch wieder einen Bürgerentscheid durchzuführen, was nun für die Gesamtstadt zutreffen. Herr Koschig betonte, die Bürger müssen nicht mitgenommen, sie müssen begeistert werden für dieses Projekt, von dem wir schon überzeugt sind, dass das Alleinstellungsmerkmal Bauhaus unbedingt weiter vorangetrieben werden muss. Im Leitbild einstimmig beschlossen, haben die Verwaltung und der Rat sich selbst bindend eine Richtung vorgegeben und die Vorlage ist eine weitere Fortsetzung des Leitbildprozesses.

Es sei höchst bedauerlich, dass die Teilnehmer an der Runde, die bei Prof. Oswald darüber diskutiert haben, noch nicht einmal die Gelegenheit hatten, dies mit ihren Fraktionskollegen zu besprechen, aber das Papier bereits in die Öffentlichkeit gelangte, betonte der Oberbürgermeister. Es sei legitimes Recht der Medien, dies aufzugreifen. Eine Änderungskommission habe eine redaktionelle Überarbeitung auf der Grundlage von Vorschlägen aus den Fraktionen vorgenommen, dennoch müsse es das Recht der Fraktionen sein, noch einmal diesen Entwurf der gesamten Fraktion zu geben und weitere Änderungen zu beantragen.

Zu der Diskussion bezüglich der Fusion führte **Herr Koschig** aus, es habe die offizielle Anfrage der beiden Stadtoberhäupter an die Öffentlichkeit gegeben, dass man sich auf den Weg mache zur Fusion, um zu verhindern, dass die kreisfreie Stadt Dessau als Kreisstadt die Kreisfreiheit verliert und sie dann möglicherweise die oberzentrale Funktion verliert. Hier wollte man zusammengehen und fragte, wie die Stadt heißen sollte. Der Arbeitstitel war Dessau-Roßlau. Es habe drei Vorschläge gegeben, da war aber Bauhausstadt Dessau nicht dabei.

Anliegen des Antrages der CDU-Fraktion sei, die Diskussion um den Stadtnamen von der übrigen Beschlussvorlage abzukoppeln, wie auch Herr Prof. Oswald zum Ausdruck gebracht hatte, erklärte **Herr Rumpf**. Wer wirklich etwas für das Bauhaus erreichen will, sollte die unsägliche Namensdiskussion herausnehmen. Wie auch Herr Dr. Neubert richtig erkannt habe, stehe auch mit der Änderung eine Namensänderung an. Der Diskussion müsse man sich dann stellen, aber nicht so, wie es im Augenblick passiert.

Es werde doch eine Scheindiskussion geführt, merkte **Herr Schönemann** an. Sowohl der Oberbürgermeister als auch Herr Rumpf suggerieren, dass die vorliegende Vorlage ein Schnellschuss wäre. Das ist sie nicht. Alle Fraktionen hatten die Möglichkeit, sich in einem Arbeitskreis inhaltlich dazu zu äußern und zu beteiligen. Bei der Endfassung war auch Herr Mau dabei und hatte die Bitte vorgebracht, dass er sich noch zurückhalten wolle, da er den Gesamtinhalt noch nicht hatte prüfen können. Letztendlich lag das Papier aber rechtzeitig im Rahmen der Fristen in der Fraktion vor.

Von denen, die die Idee unterstützen, gab es keine Diskussion zum Stadtnamen, sie kam ausschließlich von der Seite, die es nicht möchte. Dass man dann eine Option aufmache und sage, es könne irgendwie heißen, sei halbherzig und inkonsequent. Das sei s. E. auch gegenüber Partnern in der Stadt, die sich inzwischen klar artikuliert haben, nicht zu vertreten. Da zeige man als Politik wirkliche Schwäche. Die Fraktion Die Linke und er selbst stehen voll inhaltlich hinter dieser Vorlage und sind auch der Meinung, dass mit einer entsprechenden Konsequenz und Glaubwürdigkeit doch Menschen auch überzeugt werden können, hier den richtigen Weg zu gehen.

Im vorliegenden Papier sei klar fixiert, wie der Ablauf zur Umbenennung stattfinden wird, in einem Verfahren im Rahmen der Gemeindeordnung und es steht überhaupt noch nicht zur Debatte. Es wird eine klare Arbeitsrichtung formuliert und die ist legitim zu diskutieren und übrigens dann zur Fusion Dessau-Roßlau. Herr Schönemann sei nach wie ein Anhänger der Fusion und lasse sich von niemandem dies absprechen. Man habe sich damals zu einem Zeitpunkt zusammengefunden, wo es beide Städte bitter nötig hatten, gemeinsame Wege aus einer schwierigen Situation zu finden. Es ist auch legitim, Jahre danach darüber nachzudenken, welches die Zukunftsfaktoren dieser Stadt sind. Dann kann man im demokratischen Prozess, ohne Vorverurteilung, ohne Unterstellungen zu erhalten, wenn man für eine Sache brennt - er brenne für die Bauhausstadt Dessau - eine solche Diskussion anschieben und für Mehrheiten kämpfen. Letztendlich muss man auch vorsichtig sein, wie die Diskussion geführt wird, denn im Augenblick habe man eine Politik des Stammtisches und er bitte darum, zur Politik des Rates zurückzukommen. Der Rat werde am Ende nach entsprechender Diskussion die Bevölkerung in allen Stadtteilen mitnehmen, was auch immer das Anliegen war. Das steht auch in dem Papier und war nie ausgeschlossen.

Eine Bürgermeinung, die hier noch nicht berührt wurde, gab **Herr Ehm** zur Kenntnis. Es gehe natürlich um den Namen, weil es in der Presse war. Er selbst sei in einer Stadt geboren, die seinerzeit Eisleben hieß. Heute heißt sie Lutherstadt Eisleben und stehe unter L im Telefonbuch oder im Navigationssystem. Gleiches treffe für Wittenberg zu. Er kenne sehr viele Eisleber, die mit dieser Situation sehr unzufrieden sind und es gebe sicher ebenso viele Wittenberger. Es gebe mittlerweile genügend Stimmen in Dessau, die auch mit dem Pfund Bauhaus wuchern möchten, aber doch in Zukunft unter D ihre Stadt im elektronischen Telefonbuch oder anderswo finden möchten. Wer suche denn in aller Welt Dessau unter B. Dieses Anliegen wolle er zum Bedenken geben.

Als persönliche Bitte, die er auch Herrn Prof. Oswalt kurz telefonisch mitgeteilt hatte, trug Herr Ehm vor, in den zu erfüllenden Aufgabenkatalog sollte die universitäre Ausbildung am Bauhaus mit aufzunehmen. Deshalb stellte er den **Antrag**, unter **B b)** einen **Punkt 10** zu ergänzen: Forcierung der universitären Ausbildung am Bauhaus Dessau gem. MASTERPLAN DER STIFTUNG BAUHAUS DESSAU „Hochschulkooperation zum Masterabschluss und zu Promotionen“ mit dem Ziel der Gründung der BAUHAUS-UNIVERSITÄT DESSAU.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, legte dar, seit er in der Stadt wohne, spiele das Bauhaus immer eine Rolle, aber durchgreifend war dies nicht, eine Marke wurde nicht gesetzt. Mit der Frage des Leitbildes kam ein Prozess in Gang und es bildete sich eine Vielzahl von Möglichkeiten ab, wie sich Dessau-Roßlau darstellen kann. Innerhalb dieses Prozesses hat sich herauskristallisiert, dass das Thema Bauhaus zu-

nehmend der Träger sein kann, der diese Stadt und die Entwicklung vorantreiben kann. Aus diesem Grund ist die Diskussion zum Thema Bauhaus und Bauhausstadt eigentlich nichts Neues und eigentlich ein Reifeprozess, der sich an der Stelle bündelt. Das heute zu beschließende Papier ist eine Arbeitsrichtlinie und ein Arbeitsauftrag, was zu unterstützen ist. Bedauerlich ist, dass sich alles an dem Namen festmacht. In dieser Runde wurde noch nicht über den Inhalt diskutiert, sondern immer nur zum Stadtnamen. Das sei s. E. ein Folgeergebnis, was auch diskutiert werden kann und ein Prozess sei, dem man sich stellen muss. Es könne auch nicht ausgeklammert werden. Herr Hartmann mahnte, diesen Weg auch zu gehen und die Fragen nicht zu verschieben. Logisch und klar sei, dass die Bürger mit einbezogen werden. Er mahnte, den Beschluss zu fassen und die Sache gemeinsam zu tragen.

In dem Prozess, den der Stadtrat mit diesem Beschluss angeht, gibt es verschiedene Ebenen, merkte **Herr OB Koschig** an. Es gebe ein Produkt Bauhausstadt Dessau, es gibt die Zusatzbezeichnung Bauhausstadt und es gibt einen Stadtnamen Bauhausstadt Dessau. Das seien drei verschiedene Dinge, über die man sich hinreichend unterhalten und verständigen müsse, um zu einem Ergebnis zu kommen, das für die Stadt den größten Nutzeffekt bringt oder die Bürger auch am meisten mitnimmt. Hier wolle er auch Herrn Ehm zustimmen, eben auch universitäre Bausteine in unsere Stadt zu holen und in ein solches Dokument mit aufzunehmen. Auch das Land selbst müsse sich viel stärker zu dem Bauhaus und das Alleinstellungsmerkmal bekennen. Hier sei in der Öffentlichkeitsarbeit noch viel zu tun, worüber Herr Koschig auch schon mit dem Ministerpräsidenten gesprochen habe.

Herr Mau, CDU-Fraktion, erinnerte daran, zum Ausdruck gebracht zu haben, sich mit der Sache anfreunden zu können, vorbehaltlich der Lesart nach Einarbeitung der Änderungen und Diskussion in der Fraktion. Das, was hier als Änderungsantrag der CDU-Fraktion vorliegt, ist ein Ergebnis der Diskussion in der Fraktion. Wenn man dem Änderungsantrag folge, würde es sicherlich auch eine Unterschrift vom NEUEN FORUM und auch eine einstimmige Zustimmung im Stadtrat geben.

Es werde zwischen Zielen und Maßnahmen unterschieden, betonte **Herr Dr. Neubert**. Ziele sind ihrem Charakter nach Vorwegnahmen im Sinne eines gewünschten Zustandes und Vornahmen, dass man es auch tatsächlich zu tun beabsichtigt. Ziele haben die Funktion, Tätigkeiten zu veranlassen, zu orientieren und gleichzeitig zu kontrollieren. Gleichzeitig mache man sich Gedanken, wie man den Prozess von Zielerreichung tatsächlich ermöglichen will, das sind die Maßnahmen. Er warne davor, das Ziel oder die Zielbildung zu verwässern. Zur Zielbildung gehört, das war der Anlass: Bauhausstadt. Ob Bauhausstadt Dessau hier drin steht, ist unwesentlich. Das Ziel Bauhausstadt darf nicht verloren gehen. Das ist das Oberziel und das Programm, dem sich alles unterteilt.

Herr Dr. Neubert mahnte, man müsse in Kürze entscheiden, keinen quälenden Prozess zulassen und über Jahre vor uns herschieben. Es müsse klar sein, wenn wir uns das Ziel stellen, haben wir auch die Chance die Voraussetzungen zu schaffen, dem Ziel gerecht zu werden und es umzusetzen. Er erinnerte an die Diskussion im Bauhaus, als Prof. Budde, auf die Gesamtproblematik angesprochen, der Stadt ausdrücklich anempfohlen hat, zu entscheiden, aber schnell zu entscheiden, sonst brauche sie nicht mehr zu entscheiden. Im Augenblick ist eine zeitliche Perspektive von etwa einem Jahr aufgemacht. Herr Dr. Neubert bat abschließend um Abstimmung zu den vorliegenden Anträgen.

Er sei seit über 20 Jahren Stadtrat in diesem Hause, merkte **Herr Pätzold** an und stellte fest, das Niveau der Diskussion entspreche auf keinen Fall dem dieser Vorlage. Auch die Diskussion im Haupt- und Personalausschuss werde in letzter Zeit immer öfter unsachlicher.

Herr Dreibrodt betonte, er bezeichne nicht den Inhalt der Vorlage als schlecht, sondern lediglich den einen Punkt. Alles was wichtig und gut ist, bleibe bestehen, alles worauf Prof. Oswald den größten Wert legt. Er verstehe das Drängen auf Zeit in der Namensänderungsdiskussion nicht, man habe in Dessau 22 Jahre Zeit gehabt. Dafür habe man Zeit bis 2019. Den von Herrn Koschig gegebenen Hinweis auf den Bürgerentscheid habe man auch nicht berücksichtigt, weshalb Herr Dreibrodt nach dem Grundfrage und ob man davor Angst hätte.

Natürlich habe sich die Verwaltungsspitze mit dem Inhalt der Vorlage beschäftigt, erklärte **Herr OB Koschig**. Was hier zur Beschlussfassung steht, ist ein Grundsatzdokument, ein Masterplan, der eine Arbeitsrichtung vorgibt, für die sehr viel zu leisten ist. Sein Wunsch sei, sich vor der Beschlussfassung im Stadtrat nochmals zu besinnen, was das dem Rat und der Stadtverwaltung abverlangt. Man muss sich dazu bekennen und keine Nebenschauplätze in derselben Vehemenz fordern, wie das immer wieder passiert. Es werden klare politische Entscheidungen abverlangt, dazu zwingen schon die immer knapper werdenden finanziellen Mittel.

Vor der Abstimmung stellte **Herr Bönecke** noch eine Anfrage. In der Vorlage stand ursprünglich ein Termin für eine Sitzung des Stadtrates. Jetzt ist dieser nicht mehr enthalten, wurde er gestrichen, durch wen und warum.

Es wurde Zustimmung signalisiert, zunächst die Anträge zur Abstimmung zu stellen und dann über diese formelle Frage zu reden. **Herr Rumpf** erläuterte und konkretisierte den Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

1. Änderung des Titels der Vorlage in: „Masterplan Bauhausstadt“
2. Änderung des Beschlussvorschlages in: „Die als Anlage beigefügte Erklärung „Bauhausstadt - Bekenntnis und Anforderungen, Ziele und Maßnahmen“ wird als...“(weiter wie zuvor)
3. Änderung der Überschrift der Anlage Erklärung in: „Bauhausstadt - Bekenntnis und Anforderungen, Ziele und Maßnahmen“
4. Änderung in der Erklärung, A Präambel, dritter Absatz, Satz 4: Streichung der Worte „amtlichen“ und „als ‚Bauhausstadt Dessau‘ benennt.“
5. Änderung unter C Zielerreichung b), 7. Streichung der Worte „in Bauhausstadt Dessau“.

In der weiteren Folge kam der Antrag von Herrn Dreibrodt auf ersatzlose **Streichung des Punktes 7** unter C b) zur Abstimmung. Er wurde bei 1:6:3 Stimmen **abgelehnt**.

Der **Antrag von Herrn Dr. Weber** auf getrennte Abstimmung wurde durch ihn **zurückgezogen**.

Der **Änderungsantrag der CDU-Fraktion** in den genannten 5 Punkten wurde mehrheitlich (6:4:0) **angenommen**.

Der **Antrag** von Herrn Ehm auf Ergänzung durch einen **Punkt 10 unter B b)** betreffs Forcierung der universitären Ausbildung am Bauhaus Dessau wurde einstimmig (10:00:00) **angenommen**.

Herr OB Koschig verwies darauf, dass hier nochmals eine redaktionelle Überarbeitung erforderlich würde, es stelle jedoch die Zielrichtung dar. Herr Prof. Oswald merkte an, dass dies nicht in städtischer Zuständigkeit liegt. Das heiße nicht, dass nicht daran gedacht wurde. Es sei schon ein wichtiges Anliegen.

Herr Tonndorf bat, die Formulierung zu Punkt 7 unter C b) nochmals klarzustellen, da er davon seine Entscheidung betreffs Unterzeichnung als Einreicher abhängig mache. **Herr Koschig** verlas den geänderten Text des Punktes.

Vor der Gesamtabstimmung zur Vorlage gab **Herr Bönecke** eine persönliche Erklärung zu seinem Stimmverhalten ab. Er werde sich der Stimme enthalten, da er es als Aufgabe der Stadträte ansehe, der Bevölkerung einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten. Dieser Aufgabe wird diese Beschlussfassung dann nicht mehr gerecht, so dass er nicht gegen die Vorlage sprechen, sie aber auch nicht befürworten könne, da der konkrete Vorschlag fehlt.

Dieser Erklärung schloss sich **Herr Eichelberg** an, er werde sich ebenfalls aus diesem Grunde der Stimme enthalten.

Herr Schönemann erklärte, die CDU-Fraktion an dieser Stelle beim Wort zu nehmen und er hoffe, dass es kein taktisches Verhalten, sondern ein offenes Angebot ist, das Thema Umbenennung der Stadt Dessau-Roßlau in Bauhausstadt Dessau den Bürgern vorzuschlagen und zur Diskussion zu stellen. **Herr Rumpf** betonte, man fordere diese Diskussion, man nehme einen Stadtratsbeschluss aber nicht vorweg.

Herr Dreibrodt erklärte für seine Person, er bedaure, dass der Punkt 7 weiter Inhalt ist, weshalb er der Vorlage nicht zustimmen werde.

Herr OB Koschig berichtete, dass an dem vorgeschlagenen Termin für die Sondersitzung am 29.05. zeitgleich die Verwaltungsratssitzung der Sparkasse zur Feststellung des Jahresabschlusses stattfindet. Der Stadtratsvorsitzende Dr. Exner hat dafür plädiert, die Beratung und Beschlussfassung zu dieser Vorlage auf die Tagesordnung der regulären Sitzung des Stadtrates am 6. Juni zu nehmen. Herr Koschig schließe sich dieser Auffassung an.

Angesichts der umfänglichen Diskussion hier im Haupt- und Personalausschuss sei er der Meinung, dass dieser Punkt den zeitlichen Rahmen der Sitzung sprengen würde, erklärte **Herr Dreibrodt**. Er schlage vor, diesen Punkt in einer Sonderstadtratsitzung am 1. Juli anlässlich des 5-jährigen Jubiläums der Fusion zu behandeln.

Unabhängig davon, ob die Sondersitzung an dem Tage stattfindet, regte **Herr OB Koschig** an, dieses Jubiläum nicht unbeachtet zu lassen und es sollte nachdenklich stimmen, wie weit wir gekommen sind. Allerdings halte er eine Sondersitzung an dem Tag nicht für günstig.

Der Vorschlag von **Herrn Dreibrodt** wurde als **Antrag** zur Abstimmung gebracht und mit 1:7:0 Stimmen **abgelehnt**.

Im weiteren Verlauf der Beratung brachte **Herr Schönemann** zum Ausdruck, dass es Inhalt und Ziel der gemeinschaftlichen Arbeitsgruppe war, der Bedeutung gemäß die

Vorlage in einer Sondersitzung des Stadtrates zu behandeln. **Herr Rumpf** ergänzte, die CDU-Fraktion habe den Wunsch, dass in dieser Sondersitzung das Gutachten und auch der Masterplan vom Bauhaus selbst vorgestellt wird. Dies könne im Rahmen einer regulären Sitzung nicht geleistet werden. **Herr Koschig** merkte an, sich bereits mit Prof. Oswald kurzgeschlossen zu haben, er stelle ggf. auch das Bauhaus für diese Sitzung zur Verfügung.

Herr Prof. Oswald sprach die Bitte aus, wenn dies so gewünscht werde, sollten die Rahmenbedingungen und Kriterien in den nächsten Tagen konkret benannt werden. Herr Koschig sagte zu, kurzfristig mit Herrn Dr. Exner Kontakt aufzunehmen.

Es wurde als Termin der **Sondersitzung der 11. Juni 2012, 16.00 Uhr**, vorgeschlagen und als Empfehlung ausgesprochen.

Herr Dreibrodt stellte den Antrag, als Sitzungsort den Ratssaal in Roßlau als angemessen vorzusehen.

Für diese Sitzung halte er den Ratssaal in Roßlau für nicht geeignet, erklärte **Herr OB Koschig**. Dennoch sollte bedacht werden, dass in den 5 Jahren nicht eine Stadtratssitzung in Roßlau stattfand. Dies werde dort schon wahrgenommen.

Herr Bönecke erwiderte, das Anliegen akzeptiere er und es hätten auch schon mehrere Ausschusssitzungen in Roßlau stattgefunden. Er bitte aber zu berücksichtigen, dass es damals den Roßlauern aus nachvollziehbarem Grund sehr wichtig war, Ortschaft zu sein und nicht Teil der Kernstadt. Wir haben uns dafür entschieden, da es um die Identität des Stadtteils ging. Nun zu sagen, der Stadtrat sollte in dem Stadtteil tagen, beiße sich in der Argumentation, da man dann eigentlich in jedem Ortsteil tagen müsste, da gleiches Recht für alle gelte.

Hierauf verwies **Herr Koschig** auf die Hauptsatzung, dass die Stadt Dessau-Roßlau aus zwei Stadtteilen besteht und zufällig der Ortschaftsrat Roßlau im Rathaus des Stadtteils Roßlau tagt.

Der **Antrag von Herrn Dreibrodt**, die Sondersitzung im Rathaus Roßlau durchzuführen, wurde zur Abstimmung gebracht und **mehrheitlich (1:7:1) abgelehnt**.

Die geänderte Beschlussvorlage erhielt die mehrheitliche Zustimmung des Haupt- und Personalausschusses.

Abstimmungsergebnis: 7:1:2

7.2 Satzung über die Verleihung von Ehrenbürgerrechten, Ehrenpreisen und Ehrenbezeichnungen in der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: DR/BV/113/2012/I-OB

Nach kurzer Einführung durch den Oberbürgermeister brachte Herr Bönecke den Dank zum Ausdruck, dass hier eine Zusammenfassung aller existierenden Ehrungen vorliegt und somit ein Procedere festgelegt werden.

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

7.3 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe - Rückerstattung des überzahlten Zusatzbetrages für die Schülerbeförderung an das Landesverwaltungsamt
Vorlage: DR/BV/100/2012/V-40

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Genehmigung der außerplanmäßigen Ausgabe einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

12 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde geschlossen.

Dessau, 09.07.12

Oberbürgermeister Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

E. Baumer
Schriftführerin